



AFRIKA/KENIA - "Ja zur Machtübergabe jedoch nicht an die Übel, die die Zentralregierung belasten": so die Bischöfe

Nairobi (Fidesdienst)- Die Bischöfe von Kenia sprechen ihr positives Urteil aus über den Denzentralisierungsprozess und die Abgabe der Staatsmacht an die 47 Bezirke des Landes im Sinne der neuen Verfassung . Gleichzeitig warnen sie jedoch davor „auch die Übel wie Korruption, Vetternwirtschaft und Führungsarmut abzugeben, die die Zentralregierung stets belastet haben.“ Nach Angaben der Agentur CISA in Nairobi wurden diese Erklärungen außerhalb der Pressekonferenz abgegeben, die aus Anlass der Umbenennung der Bischofskonferenz von Kenia – Kenya Episcopal Conference (KEC)- in Konferenz der Katholischen Bischöfe Kenias - Kenya Conference of Catholic Bishops (KCCB) – einberufen worden war. Die Namensänderung war notwendig geworden, da es im Lande „mehrere protestantische Kirchen mit dem Namen Bischofskirchen gibt; wenn man also von Bischofskonferenz spricht, kann man das leicht mit diesen Evangelischen Episkopalkirchen verwechseln.“ Bei dieser Gelegenheit betonten die Bischöfe ihren Wunsch an der Kontrolle der neuen Lokalbehörden in kooperativer Form mitzuwirken. „Wir setzen uns ein für die Schaffung der notwendigen Strukturen, damit die Bevölkerung mitwirken kann, die stets der gute Geist der devolution gewesen ist.“ Abschließend brachten die Bischöfe ihre Besorgnis über die Steuererhöhungen für Grundnahrungsmittel zum Ausdruck und betonten, dass die meisten Kenianer arm sind, und dass „Nahrung, Wohnung und Gesundheitswesen uneingeschränkt Allen offenstehen muss“. (L.M.) (Fidesdienst 1/7/2013)